



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENEVE

SITZUNG VON VERBANDS- UND NICHTVERBANDSSTAATEN

Genf, 21. bis 23. Oktober 1974

STELLUNGNAHMEN VON TEILNEHMERN

Stellungnahme der CIOPORA

Die Internationale Vereinigung von Züchtern vegetativ vermehrbarer Zierpflanzen (Communauté Internationale des Obtenteurs de Plantes Ornamentales de Reproduction Asexuée) hat am 30. August das nachfolgende Schreiben sowie das anliegende Memorandum übersandt, das sich im wesentlichen mit der Frage der amtlichen Vorprüfung (examen préalable) nach Artikel 7 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961 befasst.

Schreiben des Generalsekretärs der CIOPORAan den Generalsekretär der UPOVvom 30. August 1974

Wie ich bei meinem letzten Besuch in Ihrem Büro erwähnt habe, weiss unsere Vereinigung den Vorschlag in Ihrem Schreiben vom 9. April 1974 sehr zu schätzen, Ihnen unsere Bemerkungen und etwaigen Vorschläge zu den Prüfungsrichtlinien für die Arten mitzuteilen, die für unsere Vereinigung von Interesse sind.

Unsere Vereinigung hat wie vereinbart das Problem der amtlichen Vorprüfung allgemein untersucht, und ich füge ein Memorandum bei, das eine Reihe von allgemeinen Erwägungen enthält, die sich aus den jüngsten Erfahrungen mit der Prüfung gemäss Artikel 7 des Übereinkommens von 1961 ergeben.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie dieses Dokument dem Rat der UPOV und den für die Abfassung und Überprüfung der Richtlinien für die amtliche Vorprüfung verantwortlichen Arbeitsgruppen zuleiten könnten.

Wir hoffen sehr, dass entsprechend Ihrem Vorschlag sehr bald eine Verbindung zwischen unserer Vereinigung und den erwähnten Gremien in der Weise hergestellt wird, dass die erwünschten Verbesserungen im Prüfungsverfahren und bei der Erteilung von Schutzrechten herbeigeführt werden. Wir danken Ihnen im voraus für jede Massnahme, die Sie zu diesem Zweck ergreifen.

Zusätzlich möchte unsere Vereinigung die Gelegenheit nicht versäumen, Ihnen eingehendere Vorschläge im Hinblick auf die Prüfung jeder Art zu unterbreiten, an der sie Interesse hat, sobald die entsprechenden Prüfungsrichtlinien verfügbar sind.

M E M O R A N D U M

über die in Artikel 7 des Pariser Übereinkommens
zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember
1961 vorgesehene amtliche Vorprüfung

I.

C.I.O.P.O.R.A.,

Im Hinblick auf Artikel 7 und 30 Abs. 2 des Übereinkommens, durch das der Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen begründet wird, und im Hinblick auf die Empfehlung, die diesem Übereinkommen beigelegt ist und die Organisation der Vorprüfung auf einer internationalen Ebene behandelt,

Im Hinblick auf die Empfehlungen, die den Mitgliedstaaten des Verbands von dem Rat des Verbands am Ende seiner siebten Tagung vom 10. bis 12. Oktober 1973 gegeben wurden,

Unter Hinweis auch auf die Ratschläge und Empfehlungen, die bereits von CIOPORA in der Vergangenheit gemacht wurden (Bemerkungen vom Oktober 1961 zu dem vorläufigen Entwurf des Übereinkommens von August 1961 über den Schutz neuer Pflanzenzüchtungen, internationale Symposien über den Schutz neuer Pflanzenzüchtungen in Paris im April 1967 und in Amsterdam im April 1962),

Unter Bezugnahme auf das Schreiben des Generalsekretärs der UPOV vom 9. April 1974,

unterbreitet dem Rat des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen das folgende Memorandum, mit dem der Zweck verfolgt wird, die zur Zeit übliche Durchführung der amtlichen Vorprüfung von vegetativ vermehrbaren Zierpflanzen überprüfen zu lassen und Verbesserungen vorzuschlagen, wie sie von dem Berufsstand gegenwärtig gewünscht werden.

II.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass die Internationale Konferenz zum Schutz von Pflanzenzüchtungen, als deren Ergebnis das Pariser Übereinkommen von 1961 geschlossen wurde, in den Jahren 1957 bis 1961 auf Anregung der Züchter solcher Pflanzen zusammengetreten war, die nicht durch ein Patent geschützt werden konnten, nämlich hauptsächlich der der Ernährung dienenden Pflanzen, die sich durch Samen fortpflanzen.

Für die Mehrheit dieser Pflanzen war in den nationalen Gesetzen über den Handel mit Samen und Pflanzen bereits eine amtliche Vorprüfung des Ertrags und des landeskulturellen Werts neuer Sorten vorgesehen.

Darüber hinaus sind die für die Bestimmung der Neuheit wesentlichen Merkmale dieses Pflanzentyps oft physiologischer Art (besserer Ertrag, frühere Reife usw.) und können im allgemeinen nur nach einer gründlichen Anbauprüfung festgestellt werden. Das gleiche gilt für die zur Bestimmung der Homogenität und der Stabilität wesentlichen Merkmale.

Diese Tatsache hatte zweifellos einen bedeutenden Einfluss auf die Entscheidung der Verfasser des Übereinkommens, eine amtliche Vorprüfung einzuführen.

Auf der anderen Seite bieten neue Sorten vegetativ vermehrbarer Zierpflanzen von vornherein keine grösseren Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Homogenität und Stabilität. Die für die Bestimmung ihrer Neuheit wesentlichen Merkmale sind im allgemeinen morphologischer Art und können deshalb leichter und schneller festgestellt werden. Dies erklärt ohne Zweifel, warum in den Vereinigten Staaten von Amerika ein Schutz für "Pflanzenpatente" für vegetativ vermehrbare Pflanzen seit 40 Jahren ohne eine amtliche Vorprüfung gewährt wird und Züchter und Verbraucher gleichermaßen zufriedengestellt hat.

III.

Aus den vorerwähnten Tatsachen schliesst CIOPORA, dass die amtliche Vorprüfung vegetativ vermehrbarer Zierpflanzen auf der Grundlage von Normen und Kriterien geplant werden sollte, die sich ganz wesentlich von den Normen und Kriterien für andere Pflanzengruppen unterscheiden. Diese Auffassung deckt sich darüber hinaus voll mit dem Übereinkommen von 1961, das in Artikel 7 Abs. 1 vorsieht, dass die "Prüfung ... der einzelnen botanischen Gattung oder Art unter Berücksichtigung ihres üblichen Vermehrungssystems angepasst sein" muss.

CIOPORA zieht auch in Erwägung, dass eine solche Unterscheidung nicht nur notwendig sondern dringend ist; denn die amtliche Vorprüfung, die doch den Eckstein des Schutzes von Pflanzenzüchtungen entsprechend dem neuen Übereinkommen darstellt, könnte ebenso zu einem Hemmschuh werden, wenn keine Vorsorge getroffen wird.

1. Die amtliche Vorprüfung beschränkt die Zahl der Länder, die dem Pariser Übereinkommen von 1961 beitreten können, da dieses Übereinkommen jeden einen Beitritt erwägenden Staat verpflichtet, seine Bestimmungen unmittelbar in Kraft zu setzen und somit auch die in Artikel 7 vorgeschriebene Prüfung durchzuführen.

Es ist nun offensichtlich, dass eine Anzahl von Staaten in der Gegenwart und für die nähere Zukunft nicht über das nötige Kapital, die nötigen Einrichtungen und die geeigneten Fachleute verfügen, um einen Prüfungsdienst zu planen und aufrechtzuerhalten.

2. Die amtliche Vorprüfung setzt eine Grenze für die Anzahl der Arten, für die nach den nationalen Gesetzen, die in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen erlassen werden, Schutz gewährt wird. Die Bundesrepublik Deutschland rechtfertigte beispielsweise ihre Weigerung, den Schutz auf Nelken zu erstrecken, mit dem Mangel geeigneter Einrichtungen für die amtliche Vorprüfung von Sorten dieser Art.

3. Die amtliche Vorprüfung ist in der Gefahr, immer unsicherer und immer weniger verlässlich zu werden, und zwar als Folge der anwachsenden Zahl von Sorten einer jeden Art, die auf den Markt gebracht werden, sowie als Folge des zwischenstaatlichen Handels. Es gab eine Zeit, als Zuchtsorten einer bestimmten Art, die in einem Land gehandelt wurden, zum grössten Teil von Züchtern hergestellt wurden, die Staatsangehörige dieses Landes waren. Heute ist die Herkunft der Zuchtsorten wesentlich vielseitiger - sie können aus den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Japan, Australien oder Neuseeland kommen. Es wird daher praktisch für einen Sachverständigen unmöglich, alle Zuchtsorten, die es zu einem bestimmten Zeitpunkt gibt, oder selbst alle wohlbekannten Sorten zu kennen. Daher wird die amtliche Vorprüfung immer schwieriger und dauert immer länger.

4. Da sie schwierig ist, ist die amtliche Vorprüfung natürlich auch teuer (in Frankreich kostet ein Zertifikat für eine neue Pflanzenzüchtung dreimal so viel wie ein Patent). Diese hohen Kosten beschränken die Zahl der Sorten, für die die Züchter sich entscheiden, eine Sortenschutzanmeldung einzureichen, und der circulus vitiosus wird geschlossen durch die Prüfungsbehörden, die als Folge hiervon gezwungen sind, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit hohe Gebühren zu erheben.

Eine genauere Vorstellung des Vorgenannten kann man gewinnen, wenn man sich das von der französischen Vereinigung von Züchtern neuer gartenbaulicher Sorten (SNPNH) geführte Register neuer Sorten (vegetative vermehrbarer Arten) ansieht: zur Zeit des Inkrafttretens des französischen Gesetzes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen waren bereits 850 Sorten aus der jüngsten Zeit in dem SNPNH-Register registriert und waren daher im Sinne des Artikels 36 des französischen Gesetzes schutzfähig - Schutz beantragt wurde jedoch nur für 32 Sorten. Darüber hinaus waren bis April 1974 seit Inkrafttreten des französischen Gesetzes 200 neue Sorten in das Register eingetragen worden. Schliesslich kann, wenn man berücksichtigt dass das genannte Register nicht alle Sorten, die sich auf dem Markt befinden (viele Züchter sind nicht Mitglieder der Vereinigung) erfasst, aus den genannten Zahlen der Schluss gezogen werden, dass ein etwas beunruhigendes Desinteresse an dem Schutz besteht, den das Übereinkommen gewährt.

Auf der Grundlage einer eigenen Übersicht ist C.I.O.P.O.R.A. in der Lage festzustellen, dass der hauptsächliche Grund für dieses Desinteresse die Kosten des Schutzes sind, die von einer grossen Zahl von Züchtern von Zierpflanzen als zu hoch angesehen werden. Diese Züchter versuchen, ihren Forschungsaufwand auf Umwegen zu amortisieren (Verkauf von Vermehrungsmaterial zu hohen Preisen, gentlemen's agreements). Eine andere Ursache sind ohne Zweifel die Schwierigkeiten, denen sich Züchter (besonders in dem Vereinigten Königreich und Dänemark) bei der Anwendung der Richtlinien der UPOV für Sortenbezeichnungen gegenübersehen.

5. Die amtliche Vorprüfung birgt ferner durch ihre lange Dauer die Gefahr in sich, dass die neuen Sorten zu spät auf den Markt gebracht werden oder dass der Zeitraum, in dem der Züchter nur einen vorläufigen Schutz genießt und gegen Rechtsverletzungen lediglich nach Vorlage einer beglaubigten Abschrift seiner Anmeldung vorgehen kann (nämlich vor der Veröffentlichung der Erteilung eines Schutzrechtes) sich unangemessen verzögert.

IV

Man kann aus alledem nur den Schluss ziehen, dass die gegenwärtig vorgesehene amtliche Vorprüfung eine Reihe von Nachteilen auf menschlichem, technischem und finanziellem Gebiet mit sich bringt und dass unvorzüglich eine Untersuchung eingeleitet und Massnahmen ergriffen werden sollten, die sie, wenn nicht schon abschaffen, so doch innerhalb der Grenzen vereinfachen, die von dem Übereinkommen in seiner jetzigen Fassung gezogen werden.

C.I.O.P.O.R.A. hat mit Genugtuung festgestellt, dass der Rat des Internationalen Verbands eine Reihe von Massnahmen vorgenommen hat, um die Situation zu verbessern, besonders in seiner Sitzung vom Oktober 1973, indem er nämlich für jeden Verbandsstaat die Möglichkeit geschaffen hat, ein Schutzrecht auf der Grundlage der Ergebnisse einer Vorprüfung zu erteilen, die zu einem früheren Zeitpunkt in einem anderen Staat durchgeführt worden ist.

C.I.O.P.O.R.A. hält es dennoch für notwendig, viel weiter in Richtung auf eine Vereinfachung der amtlichen Vorprüfung zu gehen, und erlaubt sich deshalb, die folgenden Massnahmen vorzuschlagen:

Kurzfristige Massnahmen

1. Es ist wünschenswert, dass für jede Art, für die dies unter technischen Gesichtspunkten möglich ist, nur ein Verbandsstaat für die amtliche Vorprüfung verantwortlich ist, um eine kostspielige Vervielfachung der Unterhaltung von Vergleichssammlungen und Prüfungsdiensten zu verhindern. Die Prüfungsergebnisse sollten automatisch von dem Staat anerkannt werden, der von ihnen Gebrauch macht, es sei denn, dass der Prüfer oder eine andere interessierte Partei Einwendungen erhoben hat. Ebenso ist es erwünscht, dass das für die Prüfung einer bestimmten Art verantwortliche Land auf der Grundlage seiner klimatischen und technischen Möglichkeiten hinsichtlich der betreffenden Art ausgewählt wird: es würde unglücklich sein, wenn die Prüfung einem Land anvertraut würde, das eine Zeitdauer von zwei Jahren hierfür benötigen würde, während ein anderes Land die gleiche Arbeit in einem kürzeren Zeitraum verrichten könnte.
2. Haben mehrere Verbändsländer gleichwertige Einrichtungen für die Vorprüfung einer bestimmten Art, so haben die Ergebnisse der ersten Prüfung gegenüber den Ämtern der anderen Verbandsstaaten Vorrang, und zwar unter der oben erwähnten Bedingung. Der Anmelder muss natürlich das Recht haben, das Land frei zu wählen, in dem die amtliche Vorprüfung seiner Sorte durchgeführt wird.
3. Wird entsprechend dem oben Dargelegten die Prüfung nur in einem Staat des Verbands durchgeführt, so ist es nach Ansicht der C.I.O.P.O.R.A. weder vernünftig noch gerechtfertigt, dass die anderen Länder, die die Prüfungsergebnisse benutzen, eine Gebühr erwarten, die die Kosten für die Verwaltungsarbeit und für die Versendung dieser Ergebnisse übersteigt. Es darf nicht vergessen werden, dass es der Hauptzweck der internationalen Zusammenarbeit ist, die Kosten für die Züchter wie für die verantwortlichen amtlichen Stellen zu verringern. Insofern wünscht C.I.O.P.O.R.A. auch, dass die Prüfungsgebühren vereinheitlicht werden, und zwar auf der Grundlage des niedrigsten zur Zeit angewandten Gebührentarifs.

4. Sobald ein Verbandsland für eine bestimmte Art Schutz gewährt und die geeigneten Dienste für die amtliche Vorprüfung errichtet hat, sollte diese Art unverzüglich und automatisch in eine Liste von Arten eingetragen werden, auf die die anderen Länder das Übereinkommen anwenden.

5. Selbst wenn die amtliche Vorprüfung nur in einem Land durchgeführt wird, schlägt C.I.O.P.O.R.A. für jede Zierpflanzenart die Einsetzung einer ständigen Arbeitsgruppe vor, die sich aus internationalen Sachverständigen zusammensetzt. Die Sachverständigen, die vom Rat auf der Grundlage ihrer Befähigung ausgesucht und ernannt werden sollten, würden die Dienste des Landes, das mit der Prüfung dieser Art betraut ist, verantwortlich zu unterstützen haben und würden auf Verlangen auch Reisen durchführen. Sie würden die Richtlinien für die Durchführung von Prüfungen jeder in Betracht kommenden Art auf dem Laufenden halten.

6. Im Hinblick darauf, dass die Einrichtung einer umfassenden Vergleichssammlung aus naheliegenden technischen und finanziellen Gründen praktisch unmöglich ist, hält C.I.O.P.O.R.A. es für wünschenswert, für jede Art eine Sortenliste aufzustellen und auf dem Laufenden zu halten, die alle Sorten erfasst, welche sich bereits in öffentlichen oder privaten Vergleichssammlungen befinden, damit auf diese Sammlungen im Bedarfsfalle zurückgegriffen werden kann.

Mittelfristige Massnahmen

Obwohl die oben aufgezeichneten Massnahmen voraussichtlich bereits eine erhebliche Vereinfachung des gegenwärtigen Systems der amtlichen Vorprüfung darstellen, muss man sich fragen, ob man nicht noch viel radikalere und pragmatischere Lösungen anstreben sollte.

Neuseeland hat kürzlich ein Gesetz über den Schutz neuer Pflanzensorten entworfen, welches vorsieht, dass die Prüfung auf der Grundlage von Vergleichspflanzen durchgeführt wird, die der Anmelder selbst hält. Ebenso ist auch in den Vereinigten Staaten in dem Pflanzenschutzgesetz vom 1. Januar 1971, das Schutz für Pflanzengruppen einführt, welche nicht für einen Schutz nach dem Pflanzenpatentgesetz von 1930 in Frage kommen, keine amtliche Vorprüfung im Sinne des Übereinkommens vorgesehen, obwohl sich das Gesetz sonst weitgehend an das Übereinkommen von 1961 anlehnt.

Im Hinblick hierauf verlangt C.I.O.P.O.R.A., dass der Rat und die repräsentativen Berufsorganisationen mit den zuständigen Behörden dieser Länder Fühlung aufnehmen, um sich über die Gründe zu vergewissern, die der Annahme solcher Massnahmen zugrunde liegen, um die Erfahrungen, die auf dem Gebiet der Prüfung gemacht wurden, zu vergleichen und um eine unvoreingenommene Überprüfung der Vorteile und Nachteile der beiden Systeme durchzuführen.

C.I.O.P.O.R.A. stellt sich dem Rat des Verbands für eine eingehende Erörterung jedes in diesem Übereinkommen erwähnten Punktes zur Verfügung.

[Ende des Dokumentes]